

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Heidi Lippmann, Carsten Hübner, Dr. Gregor Gysi, Manfred Müller (Berlin), Dr. Winfried Wolf, Uwe Hiks, Dr. Dietmar Bartsch, Roland Claus und der Fraktion der PDS

Sanktionen gegen Kuba aufheben

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, auf der UNO-Vollversammlung am 9. November 2000 dem Antrag 551 „Notwendigkeit für die Beendigung der durch die USA über Kuba verhängten Wirtschafts- und Handelsblockade“ zuzustimmen.

Berlin, den 7. November 2000

**Wolfgang Gehrcke
Heidi Lippmann
Carsten Hübner
Dr. Gregor Gysi
Manfred Müller (Berlin)
Dr. Winfried Wolf
Uwe Hiks
Dr. Dietmar Bartsch
Roland Claus und Fraktion**

Begründung

Die USA haben eine bereits 40 Jahre andauernde Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade über die Republik Kuba verhängt. Diese Blockade hat vor allem die Lebensbedingungen vieler Kubanerinnen und Kubaner extrem verschlechtert. Jüngste Beschlüsse des US-Kongresses bedeuten, obwohl der Öffentlichkeit als eine Lockerung dieser Blockade ausgegeben werden, in Wirklichkeit deren Verschärfung. Weiterhin ist Kuba der Weg versperrt, dringend benötigte Lebensmittel, Medikamente und medizinisches Gerät in den USA einzukaufen.

Der US-Wirtschaftsboykott gegen Kuba trifft durch die 1996 erlassenen Helms-Burton-Gesetze auch Drittländer. Seit 1996 verbietet das geltende US-Recht auch Unternehmen aus Drittstaaten, Kuba Waren zu verkaufen, in denen amerikanische Wertschöpfung enthalten ist. Dies gilt auch für Unternehmen,

die weniger als 50 Prozent Eigentumsanteile von Bürgern der Vereinigten Staaten aufzuweisen haben.

Die USA verbieten auch die Einfuhr von Produkten, die in Kuba hergestellt sind oder kubanische Rohstoff- oder Fertigungsanteile aufzuweisen haben. Diese Blockade wirkt sich fatal auf die kubanische Wirtschaft und damit auf die gesamte Bevölkerung aus.

Die US-Blockade gegen Kuba widerspricht den Prinzipien der Vereinten Nationen.

Diese haben bereits mehrfach und zuletzt in ihrer Resolution 53/4 die gegen die Republik Kuba verhängte Blockade verurteilt und ihre Aufhebung gefordert. Jüngst wurde auf dem Gipfeltreffen der iberoamerikanischen Staatsschefs die Aufhebung der Sanktionen gegen Kuba gefordert. Die US-Blockade folgt der Logik des Kalten Krieges und beutet außerdem einen extremen Einschnitt in die Freiheit des internationalen Handels. Betroffene dieser Politik sind auch europäische Unternehmen, die mit Kuba reguläre Wirtschaftsbeziehungen aufrechterhalten wollen und denen Sanktionen in den USA drohen.